Januar 2013

medium²

zeitung der studierendenschaft kassel

+plus

Wahltermin :
22.01.-24.01.2013

Inhaltsverzeichnis

Hochschulpolitisches Lexikon 3
Die Hochschulgruppen 4
Pro&Contra Dachverband (fzs) 10
Pro&Contra Zivilklausel 12
Die Fachschaftswahl 14
Ausbau der Holländischen 15
NSU-Morde 16
Fracking 18

Hallo liebe Lesenden,

wir hatten uns vorgenommen, euch mit dieser Ausgabe gründlich über alles Wissenswerte rund um die Wahl im Januar zu informieren... aber dieses Unterfangen war gar nicht so einfach! Man sollte nicht glauben wie schwer es ist, einen Monat vor der Wahl zu erfahren, wer überhaupt so alles zur Wahl steht. Wir haben versucht möglichst viele potentielle Hochschullisten zu erreichen und fürchten dennoch, dass dies noch nicht alle waren. Ebenso haben wir versucht, Argumente zu den Pro und Contra der beiden Urabstimmungen zusammenzutragen. Manchmal halten sich beteiligte Interessensgruppen jedoch derart bedeckt, dass uns dies nur über Umwege möglich war (siehe Contra-Zivilklausel).

Alles in allem haben wir versucht, die Aussagen in dieser Ausgabe für sich sprechen zu lassen und übernahmen die Texte unbearbeitet und unzensiert. Auf diesem Weg haben sich jedoch einige Rechtschreibfehler und Angriffe auf einen aufgeklärten Sprachgebrauch eingeschlichen, was wir zu entschuldigen bitten.

Wir hoffen, dass euch der Inhalt dieser Ausgabe weiterhilft, um euch über die angebotenen Optionen zu informieren und freuen uns auf eine (hoffentlich) hohe Wahlbeteiligung.

Impressum
medium²+plus, Zeitung der Studierendenschaft
Nora-Platiel-Straße 2
34127 Kassel

Kontakt: medium@asta-kassel.de
Redaktion: Lucas Christoffer, Thomas Lindwurm, Eike Ortlepp, Fabian Peters, Anna-Franziska Pfundstein, Michael Schulze von Glaßer.
Beiträge von Interessensgruppen in Eigenwerbung spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wieder.
Layout : Evelyn Wangui
Titelillustration : Marc Seefried
Auflage: 1000 Stk.
Druckerei: Thiele&Schwarz, Kassel

Bildnachweise: Michael Schulze von Glaßer, Fabian Peters.
V.i.S.d.P.: Allgemeiner Studierdendenausschuss der Universität Kassel - Organ der verfassten Studierendenschaft der Universität Kassel, als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

+plus

Klimaneutral, umweltfreundlich und sozialverträglich produzierte Zeitung von Studierenden für Studierende.

Hochschulpolititisches Lexikon

Die Hochschulpolitik macht einen nicht unerheblichen Teil des Unialltags aus, denn wie viele andere Strukturen unserer Gesellschaft, ist auch die Universität demokratisch organisiert. Die verschiedensten Gremien treffen auf unterschiedlichen Ebenen wichtige Entscheidungen für unsere Hochschule und alle, die hier arbeiten oder studieren. Du kannst dich in deinem Fachbereich, in einer der vielen Hochschulgruppen und Initiativen oder durch dein Kreuz bei der Hochschulwahl aktiv in die Hochschulpolitik einbringen und Einfluss nehmen.
Das kleine ***hochschulpolitische Lexikon*** stellt dir die verschiedenen Gremien und ihre Funktion kurz vor.

Abkürzungen, [die]: erleichtern u. U. Kommunikation, treten gehäuft im univeristären Kontext auf, führen ggf. zum Auschluss aller derer, die ihre Bedeutung nicht kennen, Stilmittel zum Herbeiführen einer Wissenshierachie.

Allgemeiner Studierendenausschuss, [der], Abk. **AStA:** geschäftsführendes Organ der ↑verfassten Studierendenschaft, Vertretung der studentischen Interessen inner- und außerhalb der Hochschule, gewählt durch ↑Studierendenparlament, aufgeteilt in Referate.

Fachschaft, [die]: Gesamtheit aller Studierenden eines Fachbereichs oder Instituts, Beitritt erfolgt automatisch durch die Immatrikulation an der Hochschule, alljährliche Wahl von Vertreter*innen aus einer F. in den ↑Fachschaftsrat.

Fachschaftsrat, [der]: Gremium aus Studierenden einer ↑Fachschaft, erste Anlaufstelle bei Problemen oder Fragen zum Studiengang, vertritt Interessen und Rechte ihrer ↑Fachschaft in zahlreichen Gremien des jeweiligen Fachbereichs/Instituts, bespricht aktuelle Probleme oder Entwicklungen im entsprechenden Fachbereich bzw. Institut und diskutiert weiteres politisches Vorgehen. Öffentliche Sitzungen.

Fachschaftenkonferenz, [die], Abk. FSK: Plenum aller ↑Fachschaftsräte, tagt monatlich, bespricht größere Probleme der einzelnen ↑Fachschaften und Themen auf Universitätsebene, Vernetzung mit ↑Allgemeinem Studierendenausschuss und ↑Studierendenparlament. Öffentliche Sitzungen.

Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften, [der], Abk. fzs: Verein, selbsternannter bundesweiter Dachverband der Studierendenvertretungen, Vernetzung, Positionierung zur Bildungspolitik der Bundesregierung, Planung gemeinsamer Aktionen.

Hochschulrat, [der]: demokratisch nicht legitimiertes Gremium, übt nach Vorbild eines Aufsichtsrats erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsstruktur der Hochschule aus, Mitglieder je zur Hälfte vom Unipräsidium und der Landesregierung bestimmt, "Kein Gott, kein Staat, kein ~".

Hochschulwahl, [die]: Wahl sämtlicher Gremien, jährlich im Januar, gewählt werden die ↑Fachschaftsräte, die studentischen Senatsmitglieder, das ↑Studierendenparlament.

Landesastenkonferenz, die], Abk. LAK: Gremium aus Vertreter*innen aller hessischen Asten, landesweite Vernetzung, Positionierung zur Bildungspolitik der Landesregierung, Planung gemeinsamer Aktionen.

Studierendenparlament, [das] Abk. StuPa: Organ der studentischen Selbstverwaltung, oberstes beschlussfassendes Organ der ↑Studierendenschaft, Interessenvertretung, Wahl jährlich durch Studierende (↑Listen), ernennt ↑AStA, trifft grundlegende Entscheidungen der studentischen Hochschulpolitik.

Studierendenschaft, [die], auch verfasste Studierendenschaft: Gesamtheit aller eingeschriebenen Studierenden einer Hochschule, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Senat, [der]: Organ der akademischen Selbstverwaltung, höchstes beschlussfassendes Gremium der Uni, Mitglieder: drei Studierende, fünf Uni-Mitarbeiter*innen, neun Professor*innen, Vorsitz: Uni-Präsident*in, verabschiedet Prüfungsordnungen, beruft Professor*innen, Vertreter*innen der ↑Studierendenschaft werden bei ↑Hochschulwahl direkt gewählt.

Urabstimmung, [die]: Votum aller Studierenden, wird zu bestimmten Themen durchgeführt, ab Wahlbeteiligung von 10% bindend für das ↑Studierendenparlament.

Vollversammlung, [die], Abk. VV: Gremium aller Studierenden, wird vom ↑AStA organisiert, Willensbildung der ↑Studierendenschaft.

GRÜNE Hochschulgruppe Kassel
sozial und ökologisch, transparent und studierendennah

*Seit mittlerweile 10 Jahren setzt sich die GRÜNE Hochschulgruppe an der Uni Kassel für die sozialen und ökologischen Interessen der Studierenden ein. Bei der letzten Hochschulwahl im Januar 2012 konnten wir mit 31% stärkste Kraft im Studierendenparlament werden und waren dort in der vergangenen Legislaturperiode mit 9 Parlamentarier*innen vertreten. Daneben waren wir mit 4 Referent*innen im AStA für die Themen Ökologie, Verbraucher*innenschutz, Datenschutz, Mobilität, Kultur, K19, Öffentlichkeit und Finanzen zuständig und hatten je einen Vertreter im Senat und dem Verwaltungsrat des Studentenwerks.*

In diesen ganzen Gremien konnten wir einiges erreichen, so haben wir im AStA zum Beispiel dafür gesorgt, dass die Konrad-Kooperation geschaffen und erhalten wurde, eine Büchertauschtelefonzelle vor der Bibliothek errichtet wurde, die studentische Zeitung Medium² und die Homepage des AStA gepimpt wurden und dass keine Langzeitverträge mehr auf dem Campus geschlossen werden dürfen.

Zusammen mit unserem Koalitionspartner haben wir ein buntes Kulturprogramm im K19 geschaffen und diverse politische Veranstaltungen ins Leben gerufen.

*Im Senat konnten wir mit Hilfe der anderen Senator*innen die Wiedereinführung der Anwesenheitslisten verhindern und die Zivilklausel ein deutliches Stück voran bringen.*

Im Verwaltungsrat des Studentenwerks konnten wir erreichen, dass der Kaffee in den gastronomischen Einrichtungen auf dem Campus in Zukunft in Bio-Qualität angeboten wird und es in der Zentralmensa jeden Tag ein veganes Essen gibt.

Doch neben diesen ganzen Erfolgen haben wir natürlich noch immer sehr viele weitere Ziele!

Besonders wichtig ist es uns weiterhin Lehr- und Lernbedingungen zu fördern und mehr Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu schaffen, weswegen wir uns für die Abschaffung der 50 Euro Verwaltungsgebühren einsetzen, welche als versteckte Studiengebühren immer noch jedes Semester von uns eingezogen werden.

Unsere Hochschule muss familienfreundlicher werden, unser Hochschulstandort soll ökologischer werden, weswegen wir uns z.B. für einen weiteren Ausbau des Bio-Angebots in den Mensen einsetzen. Nach dem Erhalt von Konrad möchten wir uns dafür einsetzen, dass die Stadt die Fahrradverkehrssituation verbessert.

Wir möchten weiterhin die studentische Kultur fördern und für euch ein Kulturticket verhandeln, damit in Zukunft Studierende in vielen kulturellen Einrichtungen in Kassel und Witzenhausen über das Solidarmodell kostenlosen Eintritt erhalten.

Daneben verhandeln wir gerade über eine hessenweite Erweiterung des Semestertickets und haben dort in den vergangenen Semestern riesige Fortschritte gemacht.

Wir möchten eine verbindliche Zivilklausel und setzen uns für mehr studentische Mitbestimmung ein. Diese und viele weitere grüne Ideen werden Tag täglich an unserem Campus geboren
- Hilf mit, sie zu realisieren.

Weitere Informationen zu unserem Programm und unseren Zielen findet Ihr auf unserer Homepage, bei Rückfragen stehen wir Euch gerne per E-Mail zur Verfügung.

Name: GRÜNE Hochschulgruppe Kassel
Ergebnis der letzten Hochschulwahl: 30,8%, 9 Sitze im Studierendenparlament
Wahprogramm: Zu finden auf der Homepage
Homepage: http://gruene-uni-kassel.de/
E-Mail Adresse: gruene-uni-kassel@gmx.de
Regelmäßige öffentliche Treffen: Jeden ersten und dritten Montag im Monat, Arnold-Bode-Straße 2, Raum0408

KUS

Kassels Unabhängige Studierende

Wir sind 21 Kandidierende und weitere uns unterstützende Studierende aus verschiedensten Fachbereichen, denen es wichtig ist eine unabhängige, parteiungebundene, an den Wünschen und Bedürfnissen von uns Studierenden ausgerichtete, lösungs- und handlungsorientierte Hochschulpolitik zu betreiben. Wir wollen die Studienbedingungen im Sinne der Kasseler Studierenden gestalten und bedarfsorientierte Angebote und Verbesserungen schaffen. Gegründet haben wir uns 2010. Ein Jahr darauf waren wir die stärkste Hochschulliste im Studierendenparlament und vertraten hier die Opposition.

Zu den letzten Hochschulwahlen haben wir 666 Stimmen der Studierenden bekommen und sind damit drittstärkste Kraft im Studierendenparlament geworden. Des Weiteren konnten wir im letzten Jahr einen von drei studentischen Sitzen im Senat besetzen. Unser großer Stolz gilt jedoch dem im AStA neu geschaffenen Referat für Erstsemester, Studium und Lehre. Dieses Referat hat sich im vergangenen Jahr mit den Studienbedingungen an unserer Universität auseinander gesetzt. Die größten Erfolge waren mit Sicherheit, dass die Anwesenheitslisten in Veranstaltungen nicht wieder eingeführt wurden. Ein riesiges Problem stellten in den letzten Jahren immer die Nachrücker*innen dar, welche durch das Losverfahren erst sehr viel später nach dem Semesterstart einen Studienplatz bekamen. Hier konnten wir sowohl durch das Nachrücker*innenfrühstück, die Ersti-Hilfe-Hotline, als auch durch den Erstsemesterreader Abhilfe schaffen, sodass kein Neuankömmling in Kassel orientierungslos auf dem Campus umherirren musste.
Aber damit nicht genug, auch für die nächste Legislatur haben wir uns einiges vorgenommen. Nach wie vor gibt es große Baustellen (nicht nur im wörtlichen Sinne) an der Universität Kassel. So wollen wir die Hochschulpolitik für alle Studierenden zugänglich machen. Wir sehen enorme Probleme darin, dass, sobald man sich engagiert, viel wertvolle Zeit für das eigene Studium verloren geht. Auch ehrenamtliches Engagement außerhalb der Universität sollte in Zukunft als Schlüsselkompetenz angerechnet werden können. Hierauf werden wir in den entsprechenden Gremien hinarbeiten, dass dies möglich werden kann.

Dies war jetzt nur eine sehr kleine Auswahl an Punkten, die wir uns in nächster Zeit vorgenommen haben. Wenn du mehr Informationen über uns und unser Wahlprogramm haben möchtest, kannst du gerne zu unseren regelmäßigen Treffen immer Dienstag 20:30 Uhr in der Nora-Platiel-Straße 1, Raum 1304 mit anschließendem Stammtisch kommen. Oder aber du kommst zur großen Wahlvollversammlung am 16.01.2013 um 16:00 in Hörsaal 1! Wir freuen uns auf ein weiteres gemeinsames Jahr mit Euch!

Mehr Infos unter: www.kusliste.de oder unter
Facebook: http://www.facebook.com/kus.studierende

JUSO HOCHSCHULGRUPPE KASSEL

Juso-Hochschulgruppe Kassel & Witzenhausen

sozial. demokratisch. selbstbestimmt.

Auch in diesem Jahr treten wir, die Juso-Hochschulgruppe Kassel & Witzenhausen, mit unseren über 50 Kandidatinnen und Kandidaten wieder für das Studierendenparlament und den Senat der Universität Kassel an. Wir wollen uns auch im kommenden Jahr wieder für eine soziale und demokratische Hochschule sowie ein selbstbestimmtes Studium einsetzen. In den vergangenen Jahren konnten wir schon viele Erfolge erzielen. So haben wir unter anderem dafür gesorgt, dass die starren Master-NCs abgeschafft, die Bibliotheksöffnungszeiten auf Sonntag ausgeweitet und die Löhne der studentischen Hilfskräfte um mehr als 5 Prozent angehoben wurden.

Doch im vergangenen Jahr trat derAStA, welcher von Grünen, KUS und KaWiAr gestellt wurde, als Studierendenvertretung leider viel zu oft auf der Stelle. So konnte weder das versprochene hessenweite Semesterticket realisiert, noch die Transparenz der AStA-Arbeit verbessert werden. Auch wurden keine ausreichenden Anstrengungen unternommen, um die Wohnungsnot der Studierenden zu lindern. Darüber hinaus sind viele Räume noch immer maßlos überfüllt, da das Raumvergabesystem schlicht nicht funktioniert.Zu allem Überfluss hat der amtierende AStA durch ein völlig überzogenes Taktieren das Konrad-Angebot für Studierende auf das Spiel gesetzt. Mit eurer Stimme für die Juso-Hochschulgruppe könnt ihr dafür sorgen, dass sich dies endlich wieder ändert!

Wir stehen für...

- bezahlbare Mensapreise
- die Verbesserung der Studiensituation (u. a. mehr Arbeitsräume, Steckdosen in jedem Hörsaal/Seminarraum, lückenlose W-LAN-Abdeckung)
- ein hessenweites Semesterticket zu sozialverträglichen Preisen
- einen Tarifvertrag und einen Personalrat für die studentischen Beschäftigten
- eine demokratische Uni mit mehr studentischer Mitbestimmung und ohne Hochschulrat
- eine Zivilklausel für friedliche Forschung und Lehre sowie konsequentes Engagement gegen Rechts
- ein elternunabhängiges Vollzuschuss-BAföG
- die Verbesserung des Angebots im Öffentlichen Personennahverkehr
- das verbindliche Angebot einer Nachschreibe-Klausur und einen 4. Prüfungsversuch
- mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende
- das bundesweite Engagement im einzigen studentischen Dachverband fzs
- und noch vieles mehr...

Wenn ihr unsere Uni auch sozialer und demokratischer gestalten möchtet, dann stimmtbei den Wahlen zum Studierendenparlament und zum Senat (22. bis zum 24.01.2013) für die Juso-Hochschulgruppe(Liste 3)!

Sitze im Studierendenparlament: 9 (von 29)

Sitze im Senat: 1 (von 3)

Wahlprogramm und Kandidat*innen: http://wahlen.jusos-uni-kassel.de

Website: http://www.jusos-uni-kassel.de

E-Mail: info@jusos-uni-kassel.de

LHG- Die liberale Hochschulgruppe an der Universität Kassel

Liebe Studierende der Uni Kassel,

habt ihr es auch satt, dass euer Geld mit beiden Händen aus dem Fenster geworfen wird? Wollt ihr auch weiterhin freie Forschung an eurer Universität? Wollt ihr einen modernen Studierendenausweis für alles, mit dem ihr kopieren, bezahlen und fahren könnt? Dann vertreten wir eure Interessen!

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass euer Geld ausschließlich für eure Zwecke eingesetzt wird!

Wir brauchen mehr Engagment für private Drittmittel, um über mehr Möglichkeiten für bessere Lehrbedingungen zu verfügen.

Wir wollen die - natürlich im Namen aller Studierenden getätigte - linke Meinungsmache des AStA beenden.

Wir setzen uns dafür ein, dass endlich Tempo gemacht wird bei der Einführung eines modernen Studierendenausweises aus Plastik, mit dem ihr fahren, kopieren und bezahlen könnt.

Wir wollen die studentische (Party-)Kultur fördern und das "Party-Monopol" des AStA abschaffen.

Die Öffnungszeiten der Bibliotheken an den Wochenenden wollen wir euren Bedürfnissen anpassen! Außerdem wollen wir euch durch eine Neupositionierung des Automaten eine 24-stündige Bücherrückgabe ermöglichen.

Mit uns wird der AStA effektiver und transparenter gestaltet - unsinnige Referate gehören abgeschafft, sinnvolle Referate nach Möglichkeit zusammengelegt. Allein den autonomen Referaten werden jährlich 35.500 € vom AStA zugeschossen (Stand: 2. Nachtragshaushalt 2012). Meist ist völlig unklar, was mit diesem Geld geschieht. Wir fordern einen sparsamen Umgang mit studentischen Geldern, eine detaillierte Ausgabentransparenz sowie Zweckbindung. Es ist euer Geld!

Wir wollen Klarheit in das Theater um das hessenweite Semesterticket bringen. Seit vielen Semestern werden teure "Mobilitätserhebungen" durchgeführt, bisher allerdings ohne Ergebnis. Wir wollen endlich ein hessenweites Ticket für die Studierenden!

Wir werden uns für die Forschungsfreiheit einsetzen und eine autoritäre "Zivilklausel" verhindern. Ideologische Schnellschüsse und Interessen dürfen nicht die Freiheit der Forschung einschränken. Eine "Zivilklausel" unterdrückt kritisches Denken. Es ist für uns ein hohes Gut, sich weiterhin mit allen Forschungsprojekten konstruktiv-kritisch auseinandersetzen zu dürfen!

Wir setzen uns für eine Abschaffung der letzten Anwesenheitspflichten ein und wollen digitales Lernen fördern. Du sollst selber entscheiden können, wie du dein Studium organisieren möchtest. Um dir dies zu ermöglichen, sollen alle Vorlesungen und jedes weitere Lernmaterial, soweit urheberrechtlich zulässig, digitalisiert und online zur Verfügung gestellt werden.

Wir stehen für pragmatisches hochschulpolitisches Engagement statt Weltrevolution. Wir wollen uns für eure Interessen mit unserem Spitzenkandidat für das StuPa, Dino-Silvano Schubart, und unserem Spitzenkandidat für den Senat, Kamran Rostam, stark machen. Wenn ihr für Forschungsfreiheit, einen transparenten AStA und einen modernen Studierendenausweis seid, wählt die Liberale Hochschulgruppe Kassel

Wir treten neu an.

Das Wahlprogramm ist bald auf Facebook und auf unserer Homepage einsehbar, auf Wunsch senden wir es auch gerne per Mail zu. Die Einladung zum nächsten Treffen senden wir auf Anfrage raus. Einfach eine Mail an unsere Adresse schicken und auf Wunsch wird diese unserem Verteiler hinzugefügt.

Erreichbar sind wir...

auf Facebook: www.facebook.com/LHGKassel,

per Mail: lhg.kassel@gmail.com und

über unsere Homepage: www.lhg-kassel.de (bald online).

PIRATEN
Hochschulgruppe KASSEL

Ahoi liebe Kommilitonen,

die Hochschulwahlen stehen vor der Tür und auch in diesem Jahr treten wieder die verschiedensten Hochschulgruppen zur Wahl des Studentenparlaments an. Aber von welcher Liste fühlt man sich nun am Besten vertreten und sollte sie letztlich auch wählen? Nun, diese Entscheidung können wir Euch nicht abnehmen, jedoch darüber informieren, wofür wir stehen:

Kostenfreie Bildung
Wissen ist Freiheit! Studiengebühren erschweren nachweislich den Zugang zu den Hochschulen. Wir fordern freien Zugang zu Bildung und Information. Das Studium muss kostenlos sein!

Open Access
An der Universität Kassel werden viele Forschungsprojekte durchgeführt, die öffentlich finanziert werden. Wir fordern: Vom Staat finanzierte Forschungen müssen für jeden nutzbar sein!

Bereitstellung von Open Source Software
Für die wichtigsten Anwendungen existiert millionenfach bewährte OpenSource-Software. Offene Betriebssysteme und Anwendungen sollten als Standardanwendungen genutzt werden.

Verbesserung des Datenschutzes
An der Universität werden an verschiedenen Stellen Daten über Studenten erfasst und verwaltet. Aber auch hier gibt es noch viel zu tun.

Ausbau der studentischen Mitbestimmung
Wir sehen an unserer Uni leider einen Trend zur Machtkonzentration auf einige, wenige Personen. Wir fordern mindestens eine gleichmäßig verteilte Sitzanzahl in den Gremien.

Direkte Demokratie wagen
Wir setzen uns für direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten ein. Dazu wollen wir die Hürden für Urabstimmungen senken und die Themenfelder ausweiten, über die abgestimmt werden kann.

Studentische Kultur
Die Studienzeit ist oftmals die einzige Zeit, in der man seine Ideen frei verwirklichen kann. Wir fordern den Erhalt des K19 und des Café DesAStA, sowie einen Ausbau des kulturellen Angebots.

Zulassungskriterien
Wir lehnen den NC als Zulassungskriterium kategorisch ab. Die Vergabe der bestehenden Plätze muss nach einer fachspezifischen Eignungsprüfung erfolgen.

Neue Medien als Chance
Wir sehen Neue Medien als Chance zur Ergänzung des traditionellen Studiums, Wir fordern die Veröffentlichung von Vorlesungen in Videoform!

Keine Bevormundung der Studenten
Wir wollen Euch nicht vorschreiben, welche Cola ihr trinken sollt oder in welcher Kleidung Ihr im K19 Fußball schauen dürft. Wir trauen Euch zu, solche Entscheidungen verantwortlich zu treffen.

Du willst dich ebenfalls für piratige Hochschulpolitik engagieren oder benötigst weitere Informationen? Besuch uns auf

- uni.piraten-kassel.de

- Facebook.com/Uni.PiratenKS

- Twitter.com/Uni_PiratenKS

Liste Witzenhausen*KaWiAr

Kassel Witzenhäuser Aktionsrat

Wir sind die Liste Witzenhausen*KaWiAr (Kasseler Witzenhäuser Aktionsrat)
Im Sommersemester 2012 und im Wintersemester 2012/13 haben unsere Mitstreiter*innen im AStA, im StuPa und im Verwaltungsrat des Studentenwerks schon Einiges für euch erreicht. So bietet das Studentenwerk jetzt täglich veganes Essen auf dem Campus an, wir haben mit dafür gesorgt dass Anwesenheitslisten vom Campus verbannt werden, haben den Kampf um eine Zivilklausel ein gutes Stück voran gebracht und vieles mehr. Das ist aber erst der Anfang: Wir stellen uns auch im Jahr 2013 zur Wahl, weil es noch viel zu tun gibt!

Wofür steht die Liste Witzenhausen*KaWiAr? radikaldemokratisch – emanzipatorisch – parteienunabhängig
Wir treten an, für ein solidarisches Miteinander in der verfassten Studierendenschaft um gemeinsam mit euch noch mehr zu erreichen! Wir setzen uns GEGEN zentralistische herrschaftliche und patriarchale Strukturen ein und fordern erheblich größeren Einfluss der Fachschaften beispielsweise bei der Wahl und Besetzung des AStA und bei anderen wegweisenden Entscheidungen der verfassten Studierendenschaft Kassel. Außerdem muss Verantwortung im AStA auf viele Schultern verteilt und Hierarchien müssen abgebaut werden. Urabstimmungen müssen endlich bindend werden, genauso wie Beschlüsse Autonomer Referate. Wir können nicht regieren … nur gemeinsam können wir die bestehenden Verhältnisse kritisch hinterfragen und verändern!

Für ein freies und selbstbestimmtes Studium – Freie Bildung für ALLE!
Unsere Vorstellung von einem freien und selbst bestimmten Studium beinhaltet vor allem die Möglichkeit der kritischen Auseinandersetzung mit fachspezifischen Themen: Die Abschaffung jeglicher Form von Bildungsgebühren und Lernen frei von Konkurrenz und Wettbewerb. Die kritische Auseinandersetzung mit Themen braucht Raum, Zeit und gute Begleitung. Raum ist an der Universität Kassel bekanntlich knapp; durch die modularisierten Studiengänge nach Bologna mangelt es genauso an Zeit. Lehrtätigkeiten werden immer öfter von prekär Beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen übernommen. Um so wichtiger ist es, eine tiefergehende Analyse der bestehenden Verhältnisse vorzunehmen und z.B. nicht in Bezug auf überfüllten Hörsälen den fatalen Schluss zu ziehen, flächendeckend NC einführen zu müssen wie es einige Professor*innen fordern. Die dahinter liegende Problematik gründet sich nicht auf den Ansturm der Studierwilligen. Das Problem ist vielmehr die künstlich herbeigeführte Konkurrenz in Form einer Jahrzehnte andauernden, systematischen Unterfinanzierung des Bildungsbereichs ähnlich wie im sozialpolitischen Bereich. Insgesamt fehlen dem Bildungssystem 43 Mrd.€[1]. Auch in Hessen ist die Situation nach wie vor fatal. 30 Millionen € wurden den hessischen Hochschulen aus der Grundfinanzierung gestrichen (HHP 2011-2015). Erhöhte Abbrecher*innenquoten, psychische Erkrankungen, Förderung nach Leistung? Wir stellen uns vehement gegen jegliche Wettbewerbs- und Konkurrenzideologie! Das Problem heißt Kapitalismus – HER MIT DEM SCHÖNEN LEBEN!

Antifaschistische Aktion!
Getreu dem Motto „Keinen Fuß breit dem Faschismus“ ist es uns ein Anliegen patriarchalen, reaktionären und rassistischen Strukturen in Hochschule und Gesellschaft mit aller Vehemenz entgegenzutreten.
In Kassel gibt es rechte Burschenschaften, die krampfhaft am Patriarchat festhalten. Auf dem Campus sind offen bekennende Nazis aktiv und dann ist da die gerade sehr aktive ethnorassistische "Identitäre Bewegung" der es ebenso entschieden gilt Paroli zu bieten!
Wir fordern die bedingungslose Gleichberechtigung / -stellung aller Autonomen Referate und die Einrichtung eines Autonomen Antifaschismus /Antirassismus-Referats. ALERTA ALERTA, ANTIFASHISTA!

Für kritische und friedliche Forschung und Lehre!
Wir engagieren uns im Arbeitskreis Zivilklausel und setzen uns daher aktiv für eine verbindliche Zivilklausel an der Universität Kassel ein. Forschung und Lehre muss friedlich sein und Kooperation zwischen Universität und ortsansässiger Waffenindustrie müssen konsequent unterbunden werden! NIE WIEDER KRIEG, NIE WIEDER DEUTSCHLAND!

Wenn ihr mehr wissen wollt über unseren konkreten politischen Forderungen und Ideen für 2013: Schau auf unseren Blog: http://kawiar.wordpress.com/; besuch´ uns bei Facebook http://www.facebook.com/kawiar.liste; komm´ zur Wahl VV, halt´ Ausschau nach unserem Infoflyer zur Wahl oder schreibt uns eine Mail an: kawiar@listen.jpberlin.de

Wir freuen uns auf EUCH und die Hochschulwahl 2013!
Die Liste für alle Anderen: Liste 6, Liste Witenzhausen*KaWiAr

[1] Berechnungen von VerDi aus dem Jahr 2007

Pro fzs

Die Studierendenschaft der Universität Kassel ist seit längerer Zeit Mitglied im studentischen Dachverband fzs.

Der fzs ist der einzige überparteiliche Verband, der sich auf Bundesebene für die Studierendeninteressen einsetzt. Im fzs sind ungefähr 80 Studierendenschaften mit insgesamt ca. eine Million Studierende Mitglied. Als überparteilicher Dachverband sind wir in den hochschulpolitischen Gremien auf Bundesebene vertreten, nehmen zu Gesetzesentwürfen Stellung und betreiben erfolgreich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Wir organisieren jährlich ungefähr 90 Vernetzungs- und Weiterbildungsangebote für Studierendenvertreter*innen und Interessierte. Außerdem sind wir Mitglied im europäischen Studierendendachverband ESU, der European Students' Union. Den lokalen Studierendenvertretungen bieten wir zudem vielfältige inhaltliche Grundlagen für die politische Arbeit vor Ort.

Finanziert wird der fzs fast ausschließlich durch die Beiträge von Studierendenschaften. Für die Studierenden der Uni Kassel kostet die Mitgliedschaft für alle Studierenden indirekt 40 Cent von den 9 Euro Studierendenschaftsbeitrag pro Semester.

Im Gegensatz zu hessischen Hochschulen haben Studierendenschaften in Bayern und Baden-Württemberg keine gesetzliche Möglichkeit, Beiträge von ihren Studierenden zu erheben. In diesen beiden Bundesländern studieren über 600.000 Studierende, deren Studierendenschaften nicht über Finanzmittel für Beratungsangebote, politische Interessenvertretung oder studentische Projekte verfügen. Von den Mitgliedsbeiträgen sind die Südstudierendenschaften bei uns deswegen befreit. Der fzs unterstützt die Studierenden in Bayern und Baden-Württemberg finanziell und ideell in besonderem Maße.

Unsere Gesamteinnahmen aus Mitgliedsbeiträgen umfassen jedoch nicht einmal die Hälfte des AStA-Haushalts der Uni Kassel. Ein Austritt der Uni Kassel ist deswegen für uns ein großer Einschnitt im Haushalt.

Bei der Urabstimmung müssen Studierende also vor allem die folgenden Fragen beantworten: Möchte ich eine starke, überparteiliche und studentische Interessenvertretung auf Bundesebene? Sollen Studierende ohne Verfasste Studierendenschaft unterstützt werden? Möchte ich, dass meine Studierendenvertretung in Kassel sich an den Vernetzungs- und Weiterbildungsangeboten beteiligt? Soll meine Studierendenschaft weiterhin die Möglichkeit haben auf die Meinungsbildung im studentischen Dachverband Einfluss zu nehmen?

Und vor allem: Ist mir das 40 Cent im Semester wert?

Um diese Fragen zu beantworten solltet ihr auf die einzelnen Aspekte eingehen:

Trotz des Bildungsföderalismus werden viele Themen auf Bundesebene beschlossen. Das BAföG, Die Regelstudienzeit von Studiengängen, die Rahmenbedingungen der Studiengänge, die sogenannte „Exzellenzinitiative" oder der Hochschulpakt sind nur einige Beispiele, mit denen aktive Studierende sich auseinandersetzen müssen, um Verbesserungen zu erzielen. Auch die Wohnungsnot der Studierenden ist ein bundesweites Thema geworden, zu dem wir auf Bundesebene verhandeln und kürzlich mit einer Kampagne die Probleme vor Ort präsent gemacht haben. Die politische Entscheidung, nicht allen Studierenden ein Masterstudium zu ermöglichen ist ebenfalls eine bundespolitische Entscheidung, gegen die wir kämpfen. Die Existenzberechtigung des fzs ergibt sich jedoch nicht hauptsächlich aus den „repräsentativen" Aufgaben gegenüber Bundesministerium, Bundestag oder Landesparlamenten. Wir sehen unsere maßgebliche Aufgabe in der Vernetzung der aktiven Studierenden und den aktiven Gewerkschaften und anderen Verbänden. Viel Arbeit vor Ort kann durch gute Vernetzung und Erfahrungsaustausch mit anderen Aktiven erleichtert und verbessert werden. Außerdem gehört die Pflege der überregionalen und internationalen Studierendenbeziehungen zu den gesetzlichen Aufgaben der Studierendenschaft nach dem Hochschulgesetz. Ohne strukturelle Vernetzung über einen Bundesverband und die European Students' Union wird diese Aufgabe nicht zu erfüllen sein.

Doch natürlich wird der fzs auch kritisiert. In politischen Prozessen zwischen verschiedenen Gruppen kann leider nicht immer ein Konsens gefunden werden und auch persönliche Streitigkeiten lassen sich nicht immer vermeiden, wenn viele verschiedene Menschen sich zusammen engagieren. Daraus kann man jedoch nicht einfach pauschale Kritik am fzs ableiten. Diese Kritik wird allerdings hauptsächlich von Personen und Strukturen artikuliert, die sich in den letzten Jahren kaum mit der Arbeit des Verbandes beschäftigt haben. Man hört dann, dass sich „alles um sich selbst dreht", dass „gar nicht inhaltlich gearbeitet wird". Ich könnte nun das Gegenteil behaupten. Ich könnte euch Beispiele nennen und in dieser plumpen Debatte mitstreiten, weil ich diese Vorwürfe natürlich nicht bestätigen kann und mich darüber wundere. Ich möchte euch aber einfach bitten, euch selbst zu informieren und die Argumente vor eurer Entscheidung zur Kasseler fzs-Mitgliedschaft zu hinterfragen.

Wir haben in den letzten Monaten und Jahren viel erreicht und es wäre schade, wenn ihr das nicht in die Entscheidungsfindung einbezieht.

Denn nur als Mitglied hat die Kasseler Studierendenschaft die Möglichkeit, die Positionen und die Struktur des fzs aktiv mitzubestimmen und für eine starke Interessenvertretung der Studierenden einzutreten.

Es würde mich freuen, wenn ihr euch über unsere Inhalte, Positionen und Aktivitäten vor der Abstimmung weiter informiert. auf www.fzs.de informiert, oder uns kontaktiert und Fragen stellt oder Anmerkungen äußert.

Erik Marquardt, Vorstandsmitglied des fzs

Urabstimmung: Contra fzs

Oppositionell zum „Pro-fzs“ Artikel werden in diesem Text Argumente gegen den „freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften“ behandelt, die folgerichtig für den Austritt der Universität Kassels aus dem Selbstbild eines bundespolitischen Dachverbandes sprechen.

Das Selbstbild eines Bundespolitischen Dachverbandes, indem gerade einmal 30 Prozent aller Studierendenvertretungen letztlich auch repräsentiert werden. Ein vergleichbar hoher Anteil dieser 30 Prozent stammt wiederum aus den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg, in denen es bis vor kurzem – in Baden-Württemberg wurde es unlängst geändert – keine verfassten Studierendenschaften gab. Somit wurden keine Gelder eingenommen, die folglich auch keine „fzs“-Beiträge mit sich zogen – lediglich den eines symbolischen Euros. Darüber hinaus ebenfalls nicht beitragspflichtig beziehungsweise unter die Gebühr eines symbolischen Euros fallend: Studierendenschaften von Hochschulen mit weniger als 2000 Studierenden. Es bleiben im Endeffekt also gerade einmal rund 20 Hochschulen, die den „fzs“ finanziell tragen. Eine davon ist die Universität Kassel, die bei einem Betrag von 0,80 Euro pro StudentIn und c.a. 22000 Studierenden einen Beitrag von 17600 Euro pro Jahr zu zahlen hat. Eine Änderung dieser fragwürdigen Finanzstruktur ist dabei nicht in Sicht. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Stimmenstaffelung, je nach Größe der Studierendenschaft, der jeweiligen Hochschule. So erhalten Hochschulen mit bis zu 10.000 Studierenden 2 Stimmen, die mit bis zu 30.000 Studierenden 3 Stimmen und die Hochschulen, mit mehr als 30.000 Studierenden erhalten 4 Stimmen.

Abgesehen davon stellt sich die Frage nach den Kompetenzen des „fzs“, da Bildungspolitik in Deutschland in erster Linie Landes- und eben nicht Bundessache ist. Diesem Argument wird stets das BAföG entgegengesetzt, das zwar eine der wenigen Bundesangelegenheiten ist, jedoch ist hier eher das Deutsche Studentenwerk (DSW) verantwortlich, ein Dachverband der einzelnen Studentenwerke, die letztlich das BAföG auf Landesebene organisieren und auszahlen. Der Verband des „fzs“ bezeichnet sich ferner als überparteilich und demokratisch, jedoch sind einige Studentenschaften der Meinung, dass im „fzs“ zu viel Parteipolitik betrieben werde. Ein Bespiel aus diesem Jahr zeigt welch demokratischer Stil im „fzs“ herrscht: So hat sich ein damals noch im Amt befindendes Vorstandsmitglied ein Positionspapier für den Bundesverband einer Hochschulgruppe verfasst und verschickt, in dem dieser bundesweit vertretenen Hochschulgruppe eine Strategie nahegelegt wurde den Verband zu unterwandern, um vorab zu den Vorstandswahlen den Vorstand mit Mitgliedern aus dieser Hochschulgruppe zu besetzen.

Aufgrund mangelnder Unterstützung gegen Studiengebühren in Hessen und einem deutlichen Rechtsruck, bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung des fzs, sind die Studierendenschaften der Hochschule Darmstadt, der Justus-Liebig-Universität Gießen, der Fachhochschule Gießen-Friedberg, der Universität Frankfurt, sowie der Universität Marburg 2007 geschlossen aus dem fzs ausgetreten. Diesem Beispiel sollte die Universität Kassel folgen!

AK Zivilklausel
Gegen Militärforschung an der Uni Kassel

Pro Zivilklausel! Deine Stimme gegen Kriegsforschung!

Im Januar findet parallel zu den Hochschulwahlen die Ur-Abstimmung über eine so genannten „Zivilklausel" an der Uni Kassel statt. Ihr könnt euch dafür aussprechen, dass Lehre, Forschung und Studium an der Universität Kassel nur noch zivilen und friedlichen Zwecken dienen darf. Nimmt die Uni-Leitung die Zivilklausel nach einem positiven Votum der Studierendenschaft in die Grundordnung auf, hat Forschung für Krieg und Militär an unserer Hochschule nichts mehr zu suchen! An elf deutschen Hochschulen gibt es bereits Zivilklauseln – darunter in Dortmund, Tübingen, an der TU Berlin und wohl schon Ende Januar auch in Frankfurt am Main.

Es gibt aber auch Stimmen, die Vorbehalte gegen eine militärfreie Universität haben: sie tun die Forderungen nach einer Zivilklausel als utopische Spinnerei realitätsferner Pazifisten ab. Im Grunde lasse sich überhaupt nicht feststellen ob ein Forschungsprojekt später mal militärischen oder zivilen Zwecken dient, so ein Vorwurf. Schaut man sich aber an, woher die Gelder für ein Forschungsprojekt – die Dritt-Mittel – kommen, welche Abnehmer sich für die Forschungsergebnisse Interessieren und wie transparent das Projekt gestaltet ist, wird sehr schnell klar welche Absicht hinter einem Forschungsvorhaben steht: Rüstungsfirmen lassen nicht für zivile Zwecke forschen und das militärische Wissenschaftsprojekte heute meist unter Geheimhaltung stehen, ist ein Missstand, der weit über das Thema „Zivilklausel" hinaus geht.

Werden Kooperationen von Hochschule und Rüstungsindustrie dann doch einmal aufgedeckt (wie jüngst etwa an der Universität Bremen), verschanzen sich Hochschulleitungen gerne hinter der im Grundgesetz festgeschriebenen „Wissenschaftsfreiheit". Dabei wird nicht erwähnt, dass die Wissenschaftsfreiheit ein Instrument des Grundgesetzes ist, das nach dem Zweiten Weltkrieg extra deswegen angelegt wurde, um den Einfluss von Staat und Militär aus der Forschung herauszuhalten. Von deutschem Boden sollten keine Handlungen mehr ausgehen, die dazu geeignet sind das friedliche Zusammenleben der Völker zu gefährden. Genau das Gegenteil ist heute der Fall. Dass die „Friedensfinalität" der Grundgesetzes letztlich höher wiegt und eine freiwillige Einschränkung auf friedliche und zivile Forschungsprojekte seitens der Universität möglich ist, ergibt auch ein im Dezember veröffentlichtes Rechtsgutachten des kasseler Juristen Dr. Bernd Hoppe.
Gerade in Kassel, sollte das Bewusstsein für eine rein friedliche Forschung besonders groß sein, hat hier doch das Herstellen schweren Kriegsgeräts eine unrühmliche Tradition, die leider bis heute anhält. Angesichts zunehmender deutscher Waffenexporte (zu nicht unerheblichem Teil von Unternehmen, die in Kassel Produktionsstätten haben) und ausufernder Militäreinsätze, ist ein klares Bekenntnis der Universität Kassel zu Frieden, Gewaltfreiheit und rein ziviler Forschung nötig! Sag bei der Ur-Abstimmung „Ja" zu einer verbindlichen Zivilklausel an unserer Uni! Setz ein Zeichen gegen Krieg und Gewalt!

Weitere Informationen findet ihr unter: www.zivilklausel-kasssel.info

AK Zivilklausel Kassel

Nächste Termine: 17. Januar 2013, 19 Uhr, Uni Kassel (Raum wird noch bekannt gegeben – siehe zeitnah auf unsere Website), Vortrag und Diskussion mit Friedensforscher Dr. Peter Strutynski über „Militär in Kassel" | 21. Januar 2012, 20 Uhr, Uni Kassel (Raum wird noch bekannt gegeben), Filmvorführung „Die Physiker" | 22. Januar 2013, 20 Uhr, Uni Kassel (Raum wird noch bekannt gegeben), Podiumsdiskussion „Eine Zivilklausel für die Uni Kassel?" mit Prof. Lawrenz (Uni Präsidium), Burkhart von Braunbehrens (Mit-Eigentümer der kasseler Rüstungsfirma Krauss-Maffei Wegmann), Peer Heinelt (Journalist mit Schwerpunkt „Militär- & Sicherheitspolitik") und einem Mitglied des AK Zivilklausel Kassel.

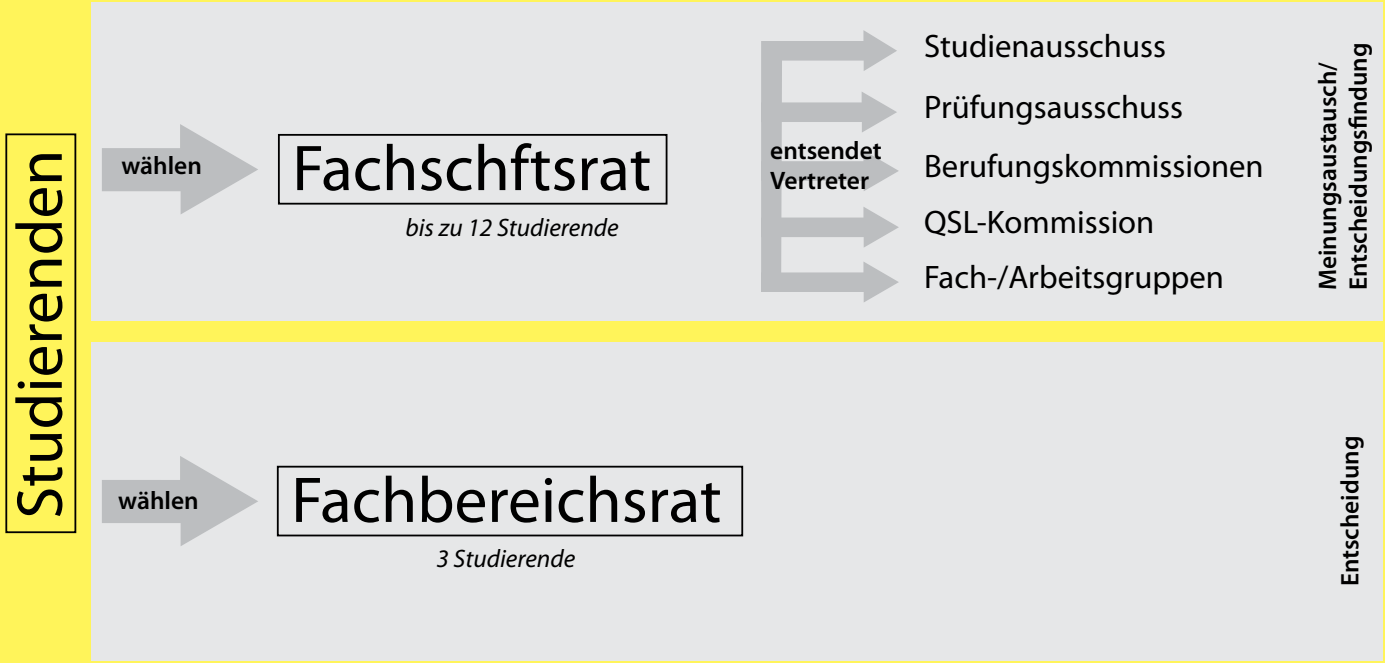
Zivilklausel, nein danke!?

Eigentlich sollte hier den Kämpfern gegen eine Zivilklausel das Wort gegeben werden, aber unsere Angebote hierzu wurden leider dankend abgelehnt. Ob man grade keine Zeit hat, weil man am Hindukusch neue Waffensysteme testet, diese grade noch entwickeln muss, oder die Vorweihnachtszeit dazu nutzt der eigenen Familie ein friedliches Beisammensein zu bescheren, bleibt dahingestellt. Man hält sich mit Argumenten öffentlich bedeckt und stimmt dennoch gegen eine Zivilklausel. Man braucht sich vor Studierenden nicht zu rechtfertigen, denn man ist ja Professor*in... Der Düsseldorfer Student Julius Hagen hat sich dieses Themas angenommen und gehört mit seinen Texten zu einer der wenigen öffentlich zugänglichen Quellen hierzu im deutschen Sprachraum:

Was spricht gegen eine Zivilklausel?

- Die Einführung der Zivilklausel dient primär der Unterbindung der Nutzung von Drittmitteln durch Universitäten. Drittmittel nutzen aber sowohl Studenten als auch Hochschulforschern, da sie verhindern, dass die Universität zu einem Elfenbeinturm wird, der außerhalb der Gesellschaft steht. Wenn die Interaktion zwischen Universität und Gesellschaft gestört wird, leidet darunter auch die Ausbildung der Studenten.
- Forschungsprojekte, die gerade Grundlagenforschung betreffen, werden oftmals durch Rüstungsfirmen gesponsert, da zivile Privatwirtschaftliche Geldgeber zumeist praxisorientierter sind.
- Gegen drittmittelfinanzierte Forschungsaufträge wird oftmals vorgebracht, dass diese die „Unabhängigkeit" der Universität gefährden, sie zum „Diener" der Wirtschaft und des Militärs macht und so ein Abhängigkeitsverhältnis entsteht, das die Freiheit von Wissenschaft und Forschung untergräbt. Dieses Argument übersieht jedoch, dass in einer Vielzahl von privaten Forschungsinstituten dieselbe Forschung betrieben werden kann wie an Universitäten. Die Annahme von Aufträgen durch Militär und Rüstungskonzerne verhindert, dass Investitionen für die Universität verloren gehen.
- Befürworter der Zivilklausel argumentieren, dass im Rahmen rüstungsbezogener Forschung Verschwiegenheitsverpflichtungen (sog. Sperrvermerk) unterschrieben werden müssen, die verhindern, dass die Forschungsergebnisse Allgemeingut werden. Diese Art der Vertragsvereinbarung ist jedoch auch im Rahmen anderer drittmittelfinanzierter Forschungsprojekte die Regel. Studenten, die ihre Abschlussarbeit unter Nutzung firmeninterner Daten verfassen, bekommen einen privilegierten Zugang zu Informationen, die unter das Firmengeheimnis fallen.
- Die Zivilklausel täuscht darüber hinweg, dass es einen Unterschied zwischen Forschung und militärischem Gebrauch von Forschungsergebnissen gibt. Es müssen Forschungsergebnisse selbst von deren Gebrauch getrennt werden. Nicht der Erkenntnisgewinn selbst ist zu unterbinden, sondern der konkrete Gebrauch von Erkenntnissen im Rahmen der Aufrüstung.
- Die Zivilklausel verhindert technische Innovationen mit gesamtgesellschaftlichem Nutzen. Forschung im Auftrag der Rüstungsindustrie und des Militärs hat oftmals mittelbar auch der gesamten Gesellschaft genutzt. Viele Technologien, die heute von nahezu allen Menschen genutzt werden, lassen sich auf militärische Forschungsprojekte zurückführen. Diese „Abfallprodukte" der Rüstungsforschung haben einen enormen gesamtgesellschaftlichen Nutzen.
- Die Zivilklausel führt zu Abgrenzungsproblemen: Was ist zivile, was ist militärische Forschung? Militärforschung lässt sich –insbesondere wenn Grundlagenforschung betrieben wird- schwer von zivilen Forschungsprojekten abgrenzen.

Ihr habt die Wahl!



Wahl des Fachschaftsrates:

Der Fachschaftsrat Deines Studiengangs ist Deine *direkte Vertretung* an der Uni Kassel
Mit seinem Engagement sorgt er dafür, dass die *Bedingungen des Studiums* verbessert und *studieninterne Probleme* gelöst werden.

- Er sorgt für Verbesserung *verträglicher Prüfungsordnungen* und sinnvollere *Verteilung von Geldern*
- Er ist *Dein Sprachrohr* für Verbesserungsvorschläge oder Probleme mit Dozenten und Professoren
- Er ist Dein *Ansprechpartner* für Fragen zum Studium

DU hast die Wahl!

foto: KVG

Streit über Ausbau der Holländischen Straße

Bürgerinitiative wehrt sich gegen die Pläne der Stadt

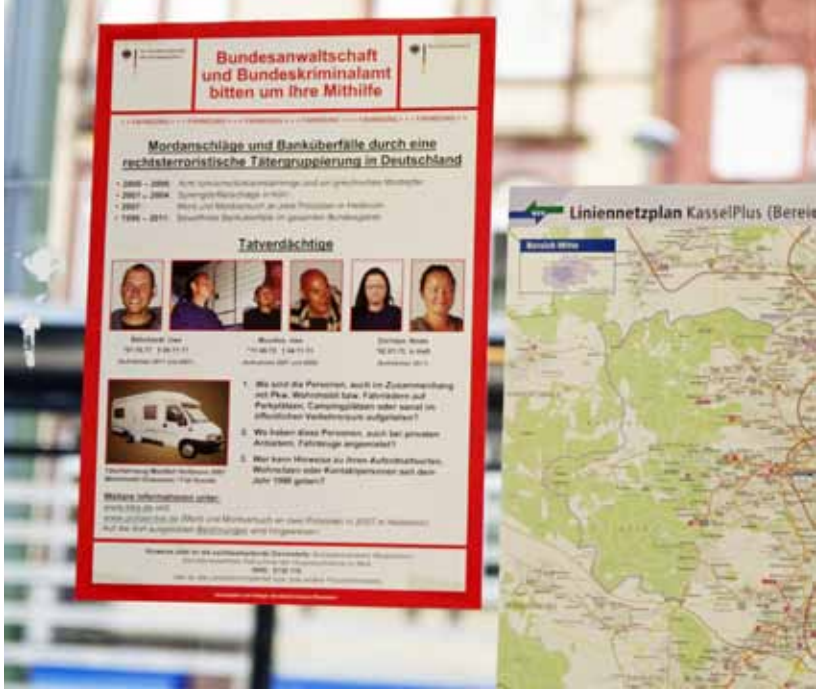
Die Straßenbahnen am Holländischen Platz sind überfüllt und die Stadt Kassel reagiert. Vorschläge wie Doppeltraktionen und RegioTrams für die Holländische Straße werden öffentlich diskutiert und in verschiedenen Veranstaltungen werden den Bürgerinnen und Bürgern Ausbaukonzepte vorgestellt. Doch nicht alle sind mit den Plänen der Stadt einverstanden und so gab es am 06.12. eine Demonstration unter dem Motto „Rückbau statt Ausbau". 40 Radfahrerinnen und Radfahrer fuhren die Holländische Straße entlang um so den Verkehr am Nikolaustag zu beruhigen. Doch wer steckt hinter dieser Demo und was fordern sie genau?

Eine Verbreiterung der Bürgersteige, der Bau von Fahrradwegen, das Anpflanzen einer Allee und Tempo 30 auf der Holländischen Straße sind zentrale Forderungen aus einem Demonstrationsaufruf. Hannes Volz ist Sprecher der Bürgerinitiative, er sieht in den Forderungen vor allem eine Möglichkeit zur Verbesserung der Situation für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. So kritisiert er: „Die Verkehrspolitik der Stadt erinnert an die funktionalistische Stadtplanung aus den 60er und 70er Jahren. Sie ist hauptsächlich autogerecht, setzt auf separate Gleiskörper und bündelt den Hauptverkehr auf wenigen Straßen." Das Motto Rückbau statt Ausbau sei dabei provokativ gemeint und nicht als Angriff auf die Verbesserung des ÖPNV zu verstehen. „Die Masse an Verkehr ist nicht im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner, das Ziel einer städtischen Straße muss sein, dass diese von allen gut genutzt werden kann." Volz wertet es bereits als Erfolg, dass über die Vorschläge der Bürgerinitiative öffentlich diskutiert wird, auch wenn es viel Kritik gibt.

Dem Vorwurf mit den Vorschlägen Autofahrer*innen einzuschränken kann Volz wenig abgewinnen: „Radfahrer*innen und Straßenbahnen müssen in den Autoverkehr integriert werden, wodurch genug Platz die Umsetzung unserer Forderungen entsteht. Wenn Autofahrer*innen sich durch Radfahrer gestört fühlen finde ich dies nicht schlimm, Ziel muss schließlich sein den Autoverkehr zu reduzieren." Die Kritik, dass bei Tempo 30 zahlreiche Staus entstehen würden, weißt er als Propaganda des ADAC zurück. Das Vorankommen hänge von der Verkehrslage und nicht von der Geschwindigkeit ab. Auch beim Fahrradverkehr hat die Bürgerinitiative andere Pläne als die Stadt. Während Stadtbaurat Nolda offen dafür eintritt die Fiedlerstraße als Fahrradstraße auszuschildern, meint Volz, dass dies nicht zwangsläufig der kürzeste Weg für alle Nordstadtbewohner*innen sei und eine flächendeckende Lösung gefunden werden müsse."

Auch der AStA unterstützt die Bürgerinitiative. So sagt Vorsitzende Lea Heidbreder: „Der AStA spricht sich deutlich für die Pläne seitens der Stadt und der KVG, die Probleme des Nahverkehrs endlich anzugehen und zu einer Entlastung der Verkehrssituation beizutragen, aus. Der im Raum stehende Ausbau der Straße für die Regiotrams wird nun jedoch genutzt um in einem Zug die Autofahrbahn auszubauen und die Straße noch mehr zu einer "Stadtautobahn" zu machen, wo sich beispielsweise auch LKWs überholen können. Dies würde zu einer enormen Lärmbelastung und zu weiteren Sicherheitsrisiken führen."

Von Seiten der Stadt hat bisher noch niemand Stellung zu den Forderungen genommen.



NSU-Morde: „Die extreme Rechte und ihr Gewaltpotential ernster nehmen“

Prof. Dr. Fabian Virchow ist Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus an der FH-Düsseldorf und hat im vergangenen November im Rahmen der Ringvorlesung „Neonazis und rechtsextreme Einstellungen“ an der Uni Kassel über „Rechtsterrorismus“ referiert.

Am 4. November 2011 brannte in Eisenach ein Wohnmobil: darin fanden sich die Leichen der Neonazis Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Kurz darauf explodierte in Zwickau ein Haus, in dem bis dahin die beiden Neonazis und Beate Zschäpe lebten – die rechtsextreme Terrorzelle „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) wurde aufgedeckt. Auf ihr Konto gehen zwei Bombenanschläge und zehn Menschen – fast alle mit Migrationshintergrund – wurden von den Neonazis erschossen. Unter den Mordopfern befindet sich auch Halit Yozgat, der am 6. April 2006 in seinem Internetcafé an der Holländischen-Straße, nur einige hundert Meter von der Uni entfernt, erschossen wurde. Wie steht es über ein Jahr nach der Enttarnung des NSU um die Aufklärung der Terror-Attacken?

Im engeren Sinne wissen wir bisher über die Durchführung der Morde nicht viel; hier werden möglicherweise die Strafprozesse gegen Beate Zschäpe und Unterstützer_innen des Trios etwas mehr Klarheit bringen. Die Untersuchungsausschüsse in den Bundesländern Sachsen, Bayern und Thüringen sowie der des Bundestages haben sich ja vor allem mit der Frage befasst, wie zu erklären ist, dass diese Mordserie so lange unaufgeklärt bleiben konnte. Das Aufklärungsinteresse im Bundestagsuntersuchungsausschuss scheint mir durch die Fraktionen hinweg recht hoch; in den Ländern ist das parteipolitisch sicherlich unterschiedlich zu bewerten. Die als Zeugen geladenen Personen aus dem Sicherheitsapparat geben häufig ein klägliches Bild ab: ihnen fehlt zum Teil das Verständnis für das Ausmaß des Versagens, zum Teil können oder wollen sie sich nicht erinnern; auch kommt es vor, dass ihre Aussagen kurz darauf durch weitere Informationen widerlegt werden. Aufklärung im Sinne eines vertieften Einblicks in die z.T. dilettantische, z.T. demokratie-beschädigende Arbeit insbesondere der Strukturen des Inlandsgeheimdienstes ‚Verfassungsschutz‘ – denken Sie beispielsweise an die staatliche Subventionierung der Neonazis durch die Bezahlung der zahlreichen V-Leute – hat vor allem über die herbeigezogenen Akten und deren akribische

Analyse durch Ausschussangehörige und Medien stattgefunden. In diesem Licht sind auch die immer wieder bekannt gewordenen Aktenvernichtungen und die Versuche, diese zu vertuschen, zu werten.

Bei der Aufklärung der NSU-Verbrechen spielt auch ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, der in seinem Heimatort Hofgeismar unter dem Namen „Klein Adolf" bekannt sein soll, eine Rolle. Er soll sich vor oder sogar während des Mords an Halit Yozgat in dem Internetcafé aufgehalten haben. Zufall?

Das lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend sagen. Es mutet in jedem Fall merkwürdig an, welches Personal der Dienst in Hessen rekrutiert hat und es bleiben zahlreiche offene Fragen, darunter auch die nach dem Telefonat, das dieser Mitarbeiter mit einem V-Mann in der Neonazi-Szene in zeitlicher Nähe zur Tat geführt hat.

Nach den Morden gab es – auch 2006 in Kassel – natürlich polizeiliche Ermittlungen um den oder die Täter zu finden. Sie blieben aber erfolglos. Wie konnte die Terrorzelle so lange unentdeckt agieren?

Hier spielen wohl verschiedene Faktoren eine Rolle. Das beginnt bei der grundsätzlichen Unterschätzung der extremen Rechten und der dort herrschenden Gewaltakzeptanz und -praxis. Das hat auch zu tun mit der Verlagerung der Aufmerksamkeit und von Ressourcen in den Behörden – aber auch in der Politik, in Medien und der Wissenschaft – auf den politischen Islam nach den Anschlägen von 9/11 in New York und Arlington. Vergessen wir aber nicht, dass die ersten Morde vor 9/11 verübt wurden. Vielleicht ist der zentrale Faktor eine Verdachtskultur, die bei Menschen mit Migrationsbiographie selbst dort vor allem nach Verbindungen in die Organisierte Kriminalität, zu Drogengeschäften u.ä. suchen lässt, wo diese Menschen Opfer schwerer Straftaten geworden sind. Diese Verdachtskultur wird in der Regel nicht als geifernder Rassismus daherkommen, sondern wenig spektakulär und alltäglich. Das macht die Auseinandersetzung damit sehr schwierig.

Schon nach den Morden des Rechtspopulisten Anders Breivik, der am 22. Juli 2011 in Norwegen 77 Menschen – darunter viele politisch linke Jugendliche und Kinder – tötete, haben Neonazis in aller Welt und auch Deutschland gefeiert. Wie hat die Neonazi-Szene auf die Enttarnung des NSU reagiert?

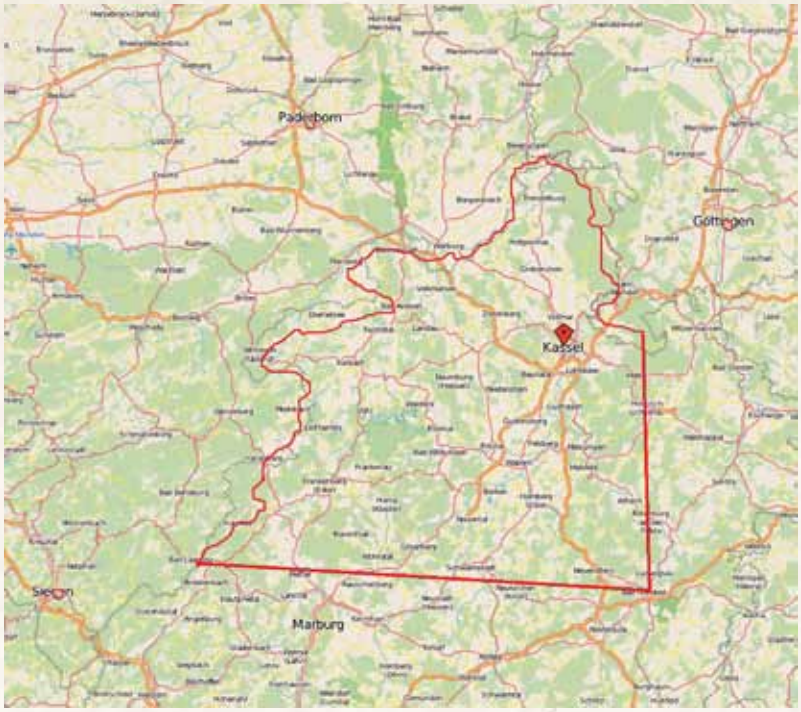
Sehr unterschiedlich. Es gab unverhohlene Zustimmung und Bewunderung; es gibt eine Solidaritätskampagne mit einem der Unterstützung des NSU verdächtigten NPD-Kaders. Es gab aber auch Ablehnung, die zum Teil taktisch begründet wurde, zum Teil aber durchaus ernst gemeint ist. Tatsächlich wird Gewaltanwendung in der extremen Rechten in weiten Teilen als ein akzeptables Mittel angesehen und über die argumentative Figur der ‚Notwehr' gerechtfertigt.

Welche Folgen sollten Ihrer Meinung nach aus der Enttarnung des NSU gezogen werden?

Zunächst einmal muss es darum gehen, die extreme Rechte und ihr Gewaltpotential ernster als bisher zu nehmen. Zweitens ist bedeutsam, dass durch die Art der Beschäftigung mit dem rechten Terror nicht eine Situation entsteht, wo die Zivilgesellschaft sich als bloße Zuschauerin einer Auseinandersetzung zwischen Staat (insbesondere Polizei und Justiz) einerseits und Neonazis andererseits sieht und damit weitgehend passiv bleibt. Denn das Problem extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus geht ja weit über den organisierten Teil hinaus; insofern ist die Gesellschaft umfassend gefordert, sich mit Prozessen entsprechender Abwertung, Ausgrenzung und Gewaltanwendung gegen Gruppen auseinanderzusetzen.

Autor

Michael Schulze von Glaßer *studiert Politikwissenschaft und ist ansonsten als freier Journalist und Fotograf für Tageszeitungen und Online-Medien unterwegs. Im Dezember letzten Jahres hat er seine Fotos von Bildungsstreik-Aktionen in Kassel an der Uni ausgestellt. Weitere Infos:* ***www.schulze-von-glasser.eu***

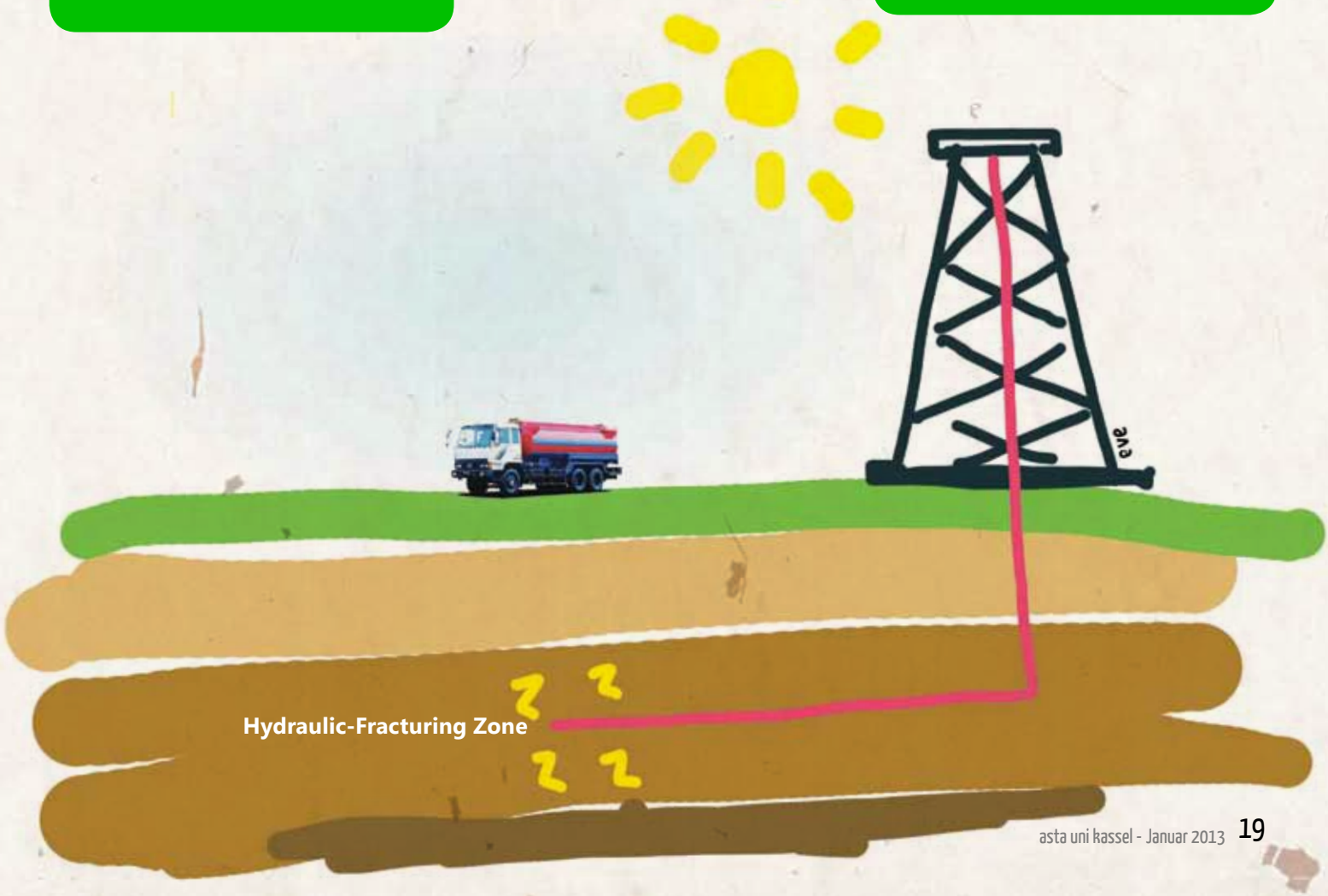


Fracking: Eine unkontrollierbares Vabanquespiel – demnächst in Nordhessen?

Wer über entflammbare Wasserhähne und gesundheitsgefährdendes Leitungswasser verfügen und sein Nutzwasser künftig aus einem überdimensionalen und äußerst dekorativen Wasserkanister beziehen möchte, der sollte von hieran weiterlesen, denn die Technologie, die all dies offeriert und die ich euch im folgenden Text vorstellen möchte, trägt den klangvollen Namen „Hydraulic-Fracturing" oder schlichtweg „Fracking".

Die Methode des „Hydraulic-Fracturing" beschreibt die Förderung unkonventionellen Erdgases, bei der zunächst ein Bohrkern auf eine Tiefe von bis zu 4000 Metern in die Erde gebracht wird. Anschließend wird ein Sand-Wasser-Chemikaliengemisch – im Fachjargon auch Frac-Fluid genannt – unter hohem Druck in die Bohrung eingepresst, um das begehrte Erdgas aus den Schiefergesteinsschichten zu lösen. Es entstehen die sogenannten Frac-Risse; kleine Risse im Gestein, die durch das Frac-Fluid offen gehalten werden und so ein Ausströmen des Gases ermöglichen. Der Unterschied zur konventionellen Erdgasförderung liegt dabei in der Durchlässigkeit der Gesteinsschichten. Während die oben genannte und strittige Methode des „Hydraulic-Fracturing" die unkonventionelle Erdgasförderung kennzeichnet, kann das Erdgas – hauptsächlich Methan – in konventionellen Gasvorkommen weitgehend selbstständig aus den Gesteinsporen entweichen. Fakt ist allerdings, dass die unkonventionelle Erdgasförderung mittels Fracking im Gegensatz zur konventionellen Fördermethode hohe Risiken birgt. So kann das Frac-Fluid, je nach Konzern und patentiertem Mischverhältnis, bis zu 600 verschiedene Chemikalien enthalten und stellt somit den potentiellen Gefahrenherd dieser äußerst fragwürdigen Technologie dar. Ein Gefahrenherd der sich explizit betrachtet durch eine etwaige toxikologische Verunreinigung des Grund- und Oberflächenwassers verdeutlichen lässt und ein Risiko, das trotz einer Höhendifferenz von 3000 Metern zwischen Grundwasserspiegel und den Schiefergesteinsschichten entweder durch eine aufwärtige Ausdehnung der Frac-Risse oder eine Diffusion der Chemikalien auf

osmotischem Weg durchaus vorstellbar und in den USA sogar vermehrt eingetreten ist. Die Folgen für Anwohner wären die in der Einleitungen beschriebenen Sachverhalte: Entzündbares und gesundheitsgefährdendes Leitungswasser und der damit verbundene Bezug von Nutzwasser aus Wassertanks. Darüber hinaus muss der 9 bis 35 prozentige Anteil des ursprünglich eingepressten Frac-Fluids, der beim Frac-Vorgang zurückgespült und als Flow-Back bezeichnet wird, aufgefangen und entsorgt werden. Doch da regionale Kläranlagen für die Aufbereitung des Flow-Backs nicht ausgelegt sind wird die ohnehin schon chemikalienreiche Flüssigkeit, die zudem noch Reaktionsprodukte, organische Substanzen wie Benzol oder bereits vorher im Boden vorhandenes radioaktives Lagerstättenwasser enthalten kann, ganz umweltbewusst per Versenkbohrung in eine Tiefe von 1000 Metern befördert. Dabei muss die abgepumpte Flüssigkeit zunächst aufgefangen, gelagert und anschließend zu Entsorgungsstelle transportiert werden, wodurch zusätzliche Umweltschäden entstehen können. Neben den potentiellen Gefahren und Risiken durch das Frack-Fluid und Flow-Back führen die Bohrplätze, Türme und Verbindungswege zu einem Flächenverlust und einer damit verbundenen Landschaftszerstörung. Die Frac-Risse erhöhen obendrein das Risiko von Erdrutschen, Erdbeben und dem unkontrollierten Austritt von Methan in die Atmosphäre. Während Länder wie Frankreich oder unser Nachbarbundesland Nordrhein-Westfalen die Gefahren und Folgen der Hochrisikotechnologie „Hydraulic-Fracturing" erkannt und folgerichtig mittels einer Ablehnung der Anträge gehandelt haben, wurde vom US-amerikanischen Öl- und Gaskonzern BNK- Petroleum dieses Jahr ein Antrag zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen in Nordhessen gestellt. Laut offiziellen Aussagen von einer Informationsveranstaltung im Regierungspräsidium Kassel, würde mit dem geplanten Untersuchungsvorhaben, das eine Dauer von 5 Jahren für das beantragte Feld „Adler South" (siehe Abbildung) umfassen soll, keine endgültige Fracking-Erlaubnis einhergehen. Jedoch ist fraglich – sollte dem Antrag stattgegeben werden – warum ein Konzern wie BNK-Petroleum Millionen für eine Erkundung unkonventioneller Erdgasvorkommen verpulvern sollte, wenn diese letztlich nicht gefördert werden könnten. Abschließend möchte ich, falls mein Text euch die risikoreiche Fördermethode des „Hydraulic-Fracturing" näher bringen konnte, die Möglichkeit zu Handeln geben. Das Stichwort lautet: „Aktiv werden!", denn wir können Fracking verhindern. Die Bürgerinitiative „Fracking freies Hessen", hat diesbezüglich binnen 4 Monaten nicht nur mehr als 2800 Mitglieder gewinnen können, sondern konnte durch dieses Wachstum eine Entscheidung hinsichtlich der Fördervorhaben unkonventionellen Erdgases um Monate vertagen. Die Mitgliedschaft kann sowohl aktiv als auch passiv erfolgen und ist weder mit Beiträgen noch weiteren Verpflichtungen verbunden. Der Name ist Programm: Ein „Fracking freies Hessen"! (www.frackingsfreiesHessen.de)



RETTET DEN HOCHSCHULWAL!